

DER VOLKSWIRT

Gibt es einen anderen Weg für Europa?

Die EU sei alternativlos, so sagen die meisten Politiker. Doch man könnte sich viel flexiblere und weniger bürokratisch-zentralistische Formen der Zusammenarbeit vorstellen. Ein Plädoyer für ein Europa der Vielfalt.

Von Bruno Frey

Die Europäische Union ist heute umstrittener denn je. Zwar sind nur wenige Bürger gegen einen europäischen Einigungsprozess, der den Frieden auf unserem Kontinent sichern und den wirtschaftlichen Wohlstand mittels offener Märkte fördern will. Aber nicht wenige Fachleute halten die EU für eine Fehlkonstruktion, die zwar Gutes will, dies aber unbefriedigend umsetzt. Es kann in der Tat nicht behauptet werden, dass die EU eine kühne neue Staatsform entwickelt hat. Sie dürfte wohl kaum als Vorbild für das 21. Jahrhundert angesehen werden. Die vielen Klagen über das Demokratiedefizit, den unnötigen Bürokratismus und die unzureichende Berücksichtigung regionaler und lokaler Anliegen und Besonderheiten sprechen eine deutliche Sprache. Es besteht weitgehend Einigkeit, dass das Europäische Parlament gegenüber der Kommission zu wenig Rechte besitzt.

Besonders umstritten sind die Konstruktion des Euro und dessen Konsequenzen für Staatsdefizite und Ausgleichszahlungen. Gegenwärtig wirken zwar die massiven Garantien der Europäischen Zentralbank beruhigend. Einige Beobachter erachten damit das Problem der fundamentalen Ungleichgewichte der Euroländer als gelöst. Andere warnen nachdrücklich. Sie weisen darauf hin, dass manche südlichen Euroländer viel zu wenige institutionelle Reformen durchgeführt haben und sie deshalb nach wie vor nicht wettbewerbsfähig sind.

Das größte Problem angesichts der bestehenden Situation der europäischen Einigung liegt darin, dass kein alternativer Weg gesehen wird. Deshalb sei mit dem europäischen Einigungsprozess und der Zentralisierung im Rahmen der EU fortzufahren. Nur einige wenige Politiker wollen die EU abschaffen und zu Nationalstaaten zurückkehren. Allerdings hat Europa im letzten Jahrhundert schlimme Erfahrungen gemacht; die zwei Weltkriege waren verheerend. Deshalb scheint die EU als alternativlos. Man müsse deshalb versuchen, sie von innen zu verbessern.

Es gibt jedoch eine andere Möglichkeit für eine europäische Einigung, die ich hier vorstellen will. Die Grundidee dabei ist, gemeinsam die auf unserem Kontinent bestehenden Probleme anzugehen. Der Impetus für eine Zusammenarbeit liegt darin, konkrete Formen zu entwickeln, wie grenzüberschreitend politische, soziale und vor allem wirtschaftliche Hemmnisse überwunden werden können. Dieser Ansatz steht in scharfem Gegensatz zu den heutigen Einigungsbestrebungen, die weitgehend von oben verordnet sind und in denen die Nationalstaaten nach wie vor die dominanten Akteure sind. Diese Dominanz der herkömmlichen Nationalstaaten wird beson-



Illustration Peter von Tresckow

ders deutlich, wenn die Einwohner einer Region sich überlegen, ob sie innerhalb Europas selbständig werden wollen, wie dies nicht nur in Schottland und in Katalonien der Fall ist. Die EU steht diesen Entwicklungen eher hilflos gegenüber – oder versucht sie zu unterdrücken. Die Idee eines Europa der Vielfalt geht hierbei verloren.

Sinnvoller wäre es, sich Gedanken darüber zu machen, aus welchen Gründen eine Region den bisherigen Nationalstaat verlassen will. Diese Anliegen können be-

Die bisherige Integration geschieht „von oben“. Möglich wären aber auch neuartige Zusammenschlüsse „von unten“.

rücksichtigt werden, wenn konkrete Probleme zum Ausgangspunkt genommen werden. Es gibt keinen Mangel an solchen Problemen, die entweder innerhalb der bestehenden Nationalstaaten ungelöst sind oder deren Grenzen überschreiten. In Ländern, in denen Gemeinden und Regionen oder Bundesländer relativ selbstständig sind (wie etwa Spanien oder Deutschland), werden zur Bewältigung von gemeinsamen Aufgaben neue politische Einheiten gebildet. Diese staatlichen Körperschaften weisen je nach Aufgabengebiet eine unterschiedliche Größe auf.

Bei lokalen Problemfeldern können sie durch Vereinbarungen einzelner Gemeinden gegründet werden. So gibt es bereits heute zum Beispiel Schul-, Kirchen-, Feuerwehr- oder Spitalgemeinden. Ebenso gibt es viele Zweckorganisationen, welche die nationalen Grenzen überschreiten. Dazu zählen etwa Vereinbarungen im Rahmen der Bewirtschaftung des Rheins oder des Bodensees, an denen jeweils Organisationen von vielen Ländern beteiligt sind. Einige dieser „Endogenen Politischen Einheiten“, wie ich sie nennen möchte, umfassen verschiedene Länder, wie etwa diejenigen zur militärischen Verteidigung oder für Freihandel. Sie funktionieren gut und unauffällig.

Allerdings sind sie eher technisch orientiert, werden durch die Exekutive der Mitgliedsgemeinden geleitet und durch diese finanziert. Sie könnten noch wirksamer sein, wären sie demokratisch organisiert und würden sie ihre eigenen Steuern erheben, um damit ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Bürger hätten damit eine gute Übersicht, wofür ihre Steuermittel verwendet werden und ob dies in einer sinnvollen Weise geschieht.

Die Initiative zur Gründung solcher Endogener Politischen Einheiten muss von den Gemeinden oder Gliedstaaten erfolgen. Damit entsteht ein Prozess der europäischen Einigung, der tatsächlich bestehende Probleme angeht, demokratisch und dynamisch ist. Das sich überlappende Ge-

flecht von politischen Körperschaften überschreitet die herkömmlichen nationalen Grenzen.

Eine auf diese Art vollzogene europäische Einigung „von unten“ hat gegenüber der starren und wenig demokratischen EU verschiedene Vorteile. Zur Entwicklung der Endogenen Politischen Einheiten braucht es keine langwierigen Konferenzen, bürgerferne Verfassungsverträge à la Lissabon oder einen rund 60 000 Seiten umfassenden Bestand an Rechtsnormen („acquis communautaire“). Vielmehr können sie von allen untergeordneten politischen Körperschaften unmittelbar gegründet werden. Sie vermögen die in Europa bestehenden Probleme schrittweise anzugehen.

Die hier vorgeschlagene neue Form der europäischen Einigung wird bei EU-Politikern und Bürokraten auf Widerstand stoßen. Sie haben viel zu verlieren, wenn die europäische Einigung ihrem Einfluss entgleitet und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Selbständigkeit zugestanden wird. Viel wichtiger ist, zu sehen, dass die heute erfolgende europäische Integration im Rahmen der EU nur eine Möglichkeit ist und dass es dazu Alternativen gibt. Wenn die EU ihre statistisch geprägten Pfade verliere, könnte die Institution der Endogenen Politischen Einheiten sogar innerhalb der heutigen EU entstehen und längerfristig den bisher national dominierten Einigungsprozess ablösen.

Bruno Frey, gebürtiger Schweizer, ist WWL-Professor an der Zepplin Universität in Friedrichshafen.

Europlatz Frankfurt

Auf der schiefen Bahn

von David Folkerts-Landau

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich durch ihren Fokus auf die aktuelle Inflationsentwicklung und die impliziten Inflationserwartungen des Marktes unter massiven Handlungsdruck gesetzt. Noch vor dem Ergebnis der im Juni beschlossenen TLTRO-Auktion legte die EZB im September mit einer Zinssenkung und dem Einstieg in angekauften Wertpapiere stärker auf die Kreditverbriefungen (ABS) und gedeckten Anleihen sind jedoch ein ungeeignetes Mittel, um die beabsichtigte Verlängerung der EZB-Bilanz um eine Billion Euro netto zu erreichen. Die EZB setzt sich dem Risiko aus, selbst zu einer „Bad Bank“ zu werden, die Verluste insbesondere der Banken in der Peripherie zu sozialisieren und letztlich auch dem deutschen Steuerzahler aufzubürden.

Häufig werden quantitative Lockerungen als die eigentliche „Dicke Bertha“ angesehen, bei der es hauptsächlich auf das Volumen ankommt. Angesichts der komplexen Wirkungen von Geldpolitik sollte eine Notenbank aber gezielter agieren, in dem sie durch geschickte Auswahl der angekauften Wertpapiere stärker auf die Kreditvergabe, die Bankbilanzen oder die Zusammensetzung privater Vermögen abzielt. Leider sind derartige Überlegungen im Fall des Euroraumes eher akademischer Natur. Zwar sind ohne Zweifel auch Angebotsprobleme bei der Kreditentwicklung in der Peripherie ein wichtiger Faktor, aber konjunkturelle und geopolitische Unsicherheiten spielen eine immer größere Rolle. Angesichts der im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern wesentlich stärker

durch Banken erbrachte Finanzierungen dürften von Vermögensumschichtungen nur geringe Impulse ausgehen. Somit bleibt der Wechselkurs der entscheidende Wirkungskanal für die EZB, wobei das Volumen der Bilanzverlängerung eine entscheidende Rolle spielt.

Wenn auch die Art der gekauften Wertpapiere für die Wechselkurswirkung von untergeordneter Bedeutung sein dürfte, so bestehen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Risiken für die EZB und damit für die Steuerzahler. Den geplanten Ankäufen von ABS liegt die zutreffende Analyse zugrunde, dass die Banken von einem Teil ihrer Problemkredite befreit werden müssen. Eigentlich sollten die Problemkredite in den Bankentests von der EZB identifiziert, dann aber von staatlichen Abwicklungsinstituten der betroffenen Länder übernommen werden. Allerdings steht zu befürchten, dass diese Art der Bilanzbereinigung nur homöopathische Größenordnungen erreicht. Einmal begonnen, dürften daher die ABS-Käufe der EZB auch auf riskantere Tranchen ausgeweitet werden. Entstehende Verluste würden im Euroraum sozialisiert. Schlimmer noch, dürfte dieser Prozess eine Eigendynamik entwickeln, bei der die Banken immer mehr Problemkredite bei der EZB abluden.

Angesichts dieser Kredit- und Reputationsrisiken dürften die in der deutschen Öffentlichkeit so umstrittenen Käufe von Staatsanleihen das geringere Übel darstellen, wenn es darum geht, das Abrutschen des Euroraums in eine dauerhafte Deflation zu verhindern.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Deutschen Bank.

WIRTSCHAFTSBÜCHER

Radikal und liberal

Frank Schäfflers Buch über unser Geld

Frank Schäffler war bis 2013 FDP-Bundestagsabgeordneter. Er war der konsequenteste und radikalste Kritiker der Europapolitik von Merkel und Schäuble, die den Euro um fast jeden Preis zu Lasten vor allem der deutschen Steuerzahler und Sparer retten wollen. Auch andere Kritiker der Rettungspolitik bezweifeln, ob die Euro-Rettung funktionieren wird, ob sie wirklich den Griechen und anderen notleidenden Völkern und Ländern oder eher den Banken und Käufern von mediterranen Staatsanleihen zugutekommt. Schäfflers Alleinstellungsmerkmal ist, dass er Gedanken des Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek aufgreift, dass er das staatliche Geldmonopol für eine Voraussetzung der überall im Westen grassierenden Schuldenwirtschaft hält, dass die Überwindung des staatlichen Geldmonopols für ihn wie für Hayek eine Überlebensfrage der freiheitlichen Marktwirtschaft ist. Weder ohnehin nicht eingehaltene Stabilitätspakte noch andere Formen der Regulierung können seines Erachtens den Wettbewerb auch bei der Bereitstellung von Geld ersetzen.

Sein Buch ist in neun Kapitel gegliedert. Auffällig ist, dass die ersten vier Kapitel zusammen nur ungefähr ein Drittel der Länge des fünften Kapitels ausmachen. In den ersten vier Kapiteln wird die Geldschöpfung aus dem Nichts erläutert und kritisiert, wird kurz auf die österreichische Konjunkturtheorie verwiesen, nach der eine lockere Geldpolitik für die Abfolge von Boom und Rezession verantwortlich ist, wird auch das zunehmende Gewicht der Finanzwirtschaft in den westlichen Volkswirtschaften beklagt. Im langen fünften Kapitel wird die deutsche Europapolitik und die Euro-Rettung aus der Perspektive des liberalen Parlamentariers kritisiert. Dabei werden immer wieder lange Texte, oft von Schäffler selbst in die Debatte eingebracht, zitiert. Jedenfalls ist dieses Kapitel eher zeitgeschichtlich als theoretisch orientiert. Im sechsten Kapitel werden die negativen Folgen der Politik des

billigen Geldes aufgeführt: von der Enteignung der Sparer über heimliche Steuererhöhungen und Schuldenwirtschaft bis hin zum die Demokratie gefährdenden Zentralismus.

Im siebten Kapitel prognostiziert Schäffler Krisen in den aufstrebenden Volkswirtschaften, die allerdings von der Politik westlicher Zentralbanken ausgelöst werden, Probleme auf den Anleihe- und Immobilienmärkten. Etwas unbestimmt bleiben seine Prognosen zum Wiederaufflammen der Euro-Krise. Abschließend erneuert Schäffler für eine freiheitliche Erneuerung der Marktwirtschaft, für Wettbewerb auch beim Geld, für die Errichtung einer freiheitlichen Denkfabrik nach dem Vorbild des Cato-Instituts in Washington oder des Institute of Economic Affairs in England.

Wer ein Gefühl für die Schwierigkeiten bekommen will, die Versuche der Durchsetzung einer freiheitlichen Ordnung, Wirtschafts- und Geldpolitik in Deutschland begleiten und behindern, muss dieses Buch lesen. Obwohl Schäfflers Politik zweifellos von der österreichischen Theorie der Volkswirtschaft inspiriert wird, ist das Buch keine Zusammenfassung, Weiterentwicklung oder Kritik dieser Theorie. Erst recht fehlen Hinweise auf konkurrierende Theorien, sogar solche, die gegenwärtig in der von Hayek gegründeten Mont Pelerin Society diskutiert werden: Marktmonetarismus etwa halten die gegenwärtige Geldpolitik der westlichen Zentralbanken sogar für zu strikt! Man könnte zu Recht sagen, dass Schäffler Politiker und nicht Wissenschaftler ist. Man kann aus den andauernden Debatten zwischen Österrechern, Monetaristen, Marktmonetaristen und Keynesianern aber auch schließen, dass makroökonomische Erkenntnisdefizite per se ein Argument gegen zentral geplante Maßnahmen sind. Damit ist man dann Hayek und auch Schäffler ganz nah. ERICH WEDEDE

Frank Schäffler: Nicht mit unserem Geld. Die Krise unseres Geldsystems und die Folgen für uns alle. München 2014: FinanzBuch Verlag, 272 Seiten, 19,99 Euro.

Gefragter Ökonomen-Rat aus München und Berlin

Die Uni München und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung haben die einflussreichsten Ökonomen

Deutschlands einflussreichste Ökonomen lehren an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Sie führt die Universitätswertung der diesjährigen Einflussrangliste der Ökonomen mit großem Abstand an – nicht nur weil dort Hans-Werner Sinn lehrte, der Erstplatzierte des F.A.Z.-Ökonomenrankings. Auch mehrere seiner Kollegen vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bringen gewichtige Stimmen an die Universität.

Auf Rang zwei der Uni-Rangliste steht die TU Berlin. Ihre Punkte stammen zum Beispiel von Gert Wagner, der am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) lehrt, und vom einflussreichen Klimaökonom Ottmar Edenhofer. Bei den Berliner Universitäten macht sich bemerkbar, dass die Ökonomen des DIW ihre Vorlesungen auf die unterschiedlichen Berliner Hochschulen verteilen.

Insgesamt hat nämlich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung noch einige Punkte mehr errungen als das Münchener ifo-Institut. Das DIW leitet nicht nur der Zweitplatzierte der Einzelwertung, Marcel Fratzscher. Es haben sich auch acht weitere Mitarbeiter des Instituts für unsere Rangliste qualifiziert – so viele wie von keinem anderen Institut. Die Leibniz-Forschungsgemeinschaft wird sich freuen, schließlich gehören ihr sogar die ersten vier Institute an: auf Rang drei das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, dahinter das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen.

Die Institute

Rang	Institut	Punkte
1	DIW Berlin	1416
2	ifo-Institut München	1315
3	ZEW Mannheim	534
4	RWI Essen	531
5	MPI für Innovation und Wettbewerb München	387
6	Walter-Eucken-Institut Freiburg	342
7	Potsdam Institute for Climate Impact Research	311
8	Max-Planck-Institut für Gemeinschaftsgüter Bonn	257
9	IfW Kiel	240
10	MPI für Steuerrecht und öffentliche Finanzen München	220
11	MPI für Sozialrecht und Sozialpolitik München	208
12	IZA Bonn	192
13	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg	133
14	Thünen-Institut Braunschweig	117
15	DICE Düsseldorf	109
16	Center for Financial Studies Frankfurt	105
17	HWWI Hamburg	103

Quelle: F.A.Z.-Ökonomenranking 2014, eigene Berechnungen

Dahinter stehen zwei Institute, die jeweils von den hohen Bewertungen ihres Direktors auf ihren Rang gebracht werden: das Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb mit Dieter Harhoff (auch LMU) und das Walter-Eucken-Institut, das Lars Feld, Mitglied des Sachverständigenrates, leitet.

Bemerkenswert ist auch, dass sich das staatliche Thünen-Institut, das über Forst-

Die Universitäten

Rang	Universität	Punkte
1	LMU München	1795
2	TU Berlin	758
3	Universität Bochum	620
4	HU Berlin	601
5	Universität Köln	562
6	Universität Duisburg-Essen	521
7	Universität Mannheim	507
8	Universität Freiburg	484
9	Universität Bonn	438
10	Universität Linz	352
11	Universität Frankfurt	291
12	Universität Kiel	264
13	Universität Würzburg	253
14	Hertie School, Berlin	232
15	Universität Siegen	219
16	Universität Mainz	219
17	Universität Münster	167
18	Universität St. Gallen	156
19	FU Berlin	148
20	Universität Düsseldorf	109

Quelle: F.A.Z.-Ökonomenranking 2014, eigene Berechnungen

und Landwirtschaft sowie Fischerei forsch, abermals in der Rangliste bemerkbar macht. Einige seiner Mitglieder haben konstanten Einfluss unter Abgeordneten und Ministerialbeamten.

So wird die Ökonomenrangliste ermittelt: Punkte bekommen einzelne Forscher für ihren Einfluss sowohl in der Forschung als auch in Medien und Politik. In der Rangliste machen die Maße für den Einfluss der

Wirtschaftsforscher in Politik und Medien gemeinsam die Hälfte des Gewichts aus. Der politische Einfluss eines Ökonomen wurde bei Abgeordneten und hohen Ministerialbeamten in Bund und Ländern erfragt. Die Bedeutung in der Öffentlichkeit wird gemessen, indem Zitate in überregionalen Zeitungen, im Fernsehen und im Radio gezählt wurden – und zwar nur in den vergangenen zwölf Monaten, denn Medientrends ändern sich schnell.

Die Forschung macht die andere Hälfte der Wertung aus. Denn Ökonomen wirken auch indirekt, über ihre Forschung beeinflussen sie die Denkweise anderer Wissenschaftler und ihrer Studenten.

Jeder Ökonom konnte bis zu 1000 Punkte erzielen, für das Universitäten- und Institute-Ranking zählten wir die Punkte aller Mitarbeiter der Institutionen zusammen. Vergleiche mit den Vorjahresergebnissen sind schwierig, weil die Rechenmethode geändert wurde. Eines aber bleibt wie im Vorjahr: Wir messen den Einfluss der Universitäts- und Institutsmitglieder in Summe. Es geht nicht darum, wer am effizientesten je Mitarbeiter ist. Wie groß die Institute und Universitäten sind, das berücksichtigen wir nicht.

Die Rangliste errechnen wir zusammen mit der Universität Düsseldorf, der Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Kiel, dem Medienforschungsinstitut Mediatenor, dem Verein Econwatch für wissenschaftliche Politikberatung und dem Fachverlag Elsevier. In der Schweiz veröffentlicht die „Neue Zürcher Zeitung“ ein eigenes Ranking, in Österreich „Die Presse“.

PATRICK BERNAU